

Treibhaus!

Spüren Sie den Treibhauseffekt? die angeblich menschengemachte globale Erwärmung? mit Anteil der Schweiz am Welt-CO₂ von 0,148%? Merken Sie vielleicht jetzt endlich, wie wir pseudo-wissenschaftlich belogen, betrogen und hinter Licht geführt werden? Es geht bei der CO₂-Lüge nur um neue Steuern und Abgaben. Wie beim Jahrhundertflug „Waldsterben“. Geben Sie Gegensteuer!



Bürgeraktion, 8700 Küssnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

BILDUNGS-SONDERPARTEITAG SVP SCHWEIZ

Lernen fürs Leben

Anlässlich des Bildungs-Sonderparteitages der SVP Schweiz vom 24. März 2012 in Ebnet-Kappel (SG) hielt Bundesrat Ueli Maurer ein Referat unter dem Titel «Lernen fürs Leben». Der Zürcher Bote druckt das Referat ungekürzt ab.



UELI MAURER
BUNDESRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Als ich das VBS übernommen habe, übernahm ich damit auch eine der ältesten Bildungsinstitutionen des Bundes. Ich spreche nicht von der militärischen Ausbildung, ich denke nicht an Rekruten-, Unteroffiziers- oder Offiziersschulen.

Ich meine die Rekrutenbefragung. Diese gibt es seit 137 Jahren. 1875 wurde sie erstmals durchgeführt. Heute heisst sie «Eidgenössische Jugendbefragung ch-x». Im Zweijahresrhythmus werden alle stellungspflichtigen Männer sowie rund zweitausend 19-jährige Frauen befragt.

Die Befragung dreht sich nicht um das Militär; es geht um die Schulbildung, die Allgemeinbildung und das staatsbürgerliche Bewusstsein der jungen Schweizer. In neueren Befragungen auch immer mehr um Werte, Lebenshaltung und Befindlichkeit.

Ziel der Prüfung war von Anfang an, landesweit den Bildungsstand zu erheben. So konnte man auf die Qualität der kantonalen Schulwesen schliessen. Offenbar fielen die ersten Resultate sehr ernüchternd aus. Die Ergebnisse wurden zum Politikum und an Lehrerkonferenzen wurden die Ursachen diskutiert.

Unter anderem wurde festgestellt, dass es die Rekruten auf der Sonnenseite der Gebirgszüge zu besseren Leistungen brachten. Woraus unter anderem abgeleitet wurde: «Die Bewohner sonniger Abhänge mögen durchschnittlich auch geistig entwickelter sein, als die auf der Schattenseite.»

Das zumindest war die Schlussfolgerung einer Schrift, die im Auftrag des Eidgenössischen Departements des Innern 1893 zum schweizerischen Schulwesen herausgegeben wurde.

Aufs Leben vorbereiten

Andere Schlussfolgerungen scheinen uns einleuchtender. Sie führten denn

auch zu wichtigen Reformen: Zu einer schärferen Durchsetzung des obligatorischen Schulbesuchs, zur Einführung von Fortsetzungsschulen, zur Einführung eines obligatorischen Geschichtsunterrichtes oder zur Konzentration des Unterrichtsstoffes.

Rückblickend können wir sagen: Das Schweizer Schul- und Bildungssystem wurde zu einem Grosseffort. Als Land ohne Rohstoffe machte die Schweiz die Ausbildung zu ihrer Ressource. Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität sind also zu einem bedeutenden Teil unserem Erziehungswesen zu verdanken.

Und damit ist auch schon gesagt, wie wichtig die Bildung für unser Land ist. Nur: Bildung allein genügt nicht. Die Bildung muss verwertbar sein. Schüler müssen fürs Leben lernen. Nicht für den Elfenbeinturm. Und auch nicht für Erziehungsdirektoren oder Pädagogikprofessoren.

Lernen fürs Leben – Das ist die einfache, aber bestechende Idee hinter den Rekrutenprüfungen. Seit 137 Jahren können wir nachprüfen, was unsere Schulen taugen; ob und wie die jungen Leute aufs Leben vorbereitet sind.

Pestalozzis Schule fürs Leben

Als die Rekrutenprüfung eingeführt wurde, war das Lernen fürs Leben noch keine Selbstverständlichkeit.

Bildungsreformer klagten damals im 19. Jahrhundert, die Kinder würden in den Schulen nur Bibeltexte auswendig lernen müssen. Und aus der kurzen Schulzeit würden sie nichts anderes mitnehmen, als einzelne Text-Bruchstücke, die sie gar nicht verstünden.

Es gehörte zu den grossen Leistungen von Pädagogen wie Johann Heinrich Pestalozzi, dass sich das änderte. Ihm ging es darum, junge Menschen auf ihre Zukunft vorzubereiten. Er sprach von Kopf, Herz und Hand. Damit meinte er die intellektuellen, die sittlich-religiösen und die handwerklichen Fähigkeiten.

Pestalozzi verband Spinnen, Weben und landwirtschaftliches Arbeiten mit Singen, Zeichnen und Schulunterricht.

Das tönt heutzutage sehr idyllisch. Schule auf dem Bauernhof, das scheint uns vielleicht weltfremd und abgehoben. Aber wir vergessen die Zeitumstände. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung arbeitete damals in der Landwirtschaft oder lebte als Heimarbeiter vom Weben und Spinnen.

Pestalozzi machte also nichts anderes, als dass er in seiner Ausbildung die wirtschaftliche Realität exakt abbildete. Er bereitete seine Zöglinge auf das Wirtschaftsleben vor, in dem sie später bestehen mussten. Und das verband er mit einer schulischen Ausbildung.

Kinder und Jugendliche sollen in der Ausbildung vermittelt erhalten, was sie an Wissen und Können später im Leben brauchen. Die Ausbildung muss also auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Wirtschaft reagieren.

Dass Kinder und Jugendliche fürs Leben lernen sollen ist darum ein zeitloser Grundsatz. Das Ziel ist dasselbe damals wie heute: Wir wollen den Schülern die Grundlagen vermitteln, um sich im wirtschaftlichen Wettbewerb bewähren zu können. Und wir wollen ihnen das Rüstzeug geben, um selbstverantwortliche Staatsbürger zu werden.

Erwartungen an Schule und Lehrer

Das führt uns zu den Erwartungen an die Schule und an die Lehrer: Wir machen einen Fehler, wenn wir glauben, mit teuren Lehrmitteln, toller Infrastruktur und detailgenauen Lehrplänen könnten wir den Lehrer als Persönlichkeit ersetzen. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass unter dem Strich die Lehrerin oder der Lehrer mehr zählen als alles andere. Nur sie können begeistern, Neugierde wecken, Vorbild sein und auch Grenzen setzen.

In meiner Primarschule unterrichtete ein Lehrer sechs Klassen mit insgesamt 38 Kindern in einem Schulzimmer. Geht das? Heute würde man sagen: Das kann nicht gut gehen, aus diesen armen Kindern wird nie etwas Rechtes.

Ich meine, so schlecht ist es nicht gegangen. Dank einem hervorragenden

Lehrer, den ich in den ersten Jahren hatte, habe ich viel fürs Leben gelernt. Am Morgen um sieben Uhr begann der Unterricht für die vierte bis sechste Klasse, später für die Jüngeren. Während einem Teil der Zeit unterrichtete der Lehrer die verschiedenen Klassen parallel. Das hatte den Vorteil, dass man den Stoff der höheren Klassen schon früh einmal hörte. Und der Unterricht förderte die Selbstverantwortung: Ältere Schüler wurden zu Hilfslehrern und halfen den Kleineren. Darauf war man dann stolz und man versuchte sich schon ein erstes Mal in einer Vorbild- und Führungsfunktion.

Zugegeben, für den Lehrer waren das keine einfachen Voraussetzungen. Aber es ist der beste Beweis, dass es viel mehr auf die Persönlichkeit des Lehrers ankommt, als auf andere Umstände. Darum bin ich überzeugt, dass wir unsere Aufmerksamkeit auf die Ausbildung und Arbeit der Lehrer richten müssen. Ich will das in vier Thesen zusammenfassen:

Gute Lehrer nicht mit Bürokratie belasten

Erstens: Gute Lehrer nicht mit Bürokratie belasten. Wenn ich mit Lehrerinnen und Lehrern spreche, ist der Tenor immer der gleiche: Die organisatorischen und administrativen Arbeiten werden aufwendiger. Gute Lehrer fühlen sich am Gängelband der Bildungstheoretiker. Viel Zeit geht an die Bürokratie verloren. Das ist Zeit, die für die Arbeit mit den Schülern fehlt.

Letztlich ist es auch hier eine Frage der Eigenverantwortung. Lehrern, die unsere Kinder zu eigenverantwortlichen Bürgern erziehen sollen, muss man diese Eigenverantwortung auch in der Unterrichtsleitung und Stoffvermittlung zugestehen.

Ich meine, wir müssen den Lehrern wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, dass sie ihre Arbeit gut machen.

Wer lehrt, muss mit beiden Beinen im Leben stehen

Zweitens: Wer lehrt, muss mit beiden Beinen im Leben stehen. Wer fürs Leben lernen soll, muss auch von jemandem unterrichtet werden, der das Leben kennt und sich im Leben bewährt. Wir brauchen nicht Hors-Sol-Lehrer, sondern solche, die fest auf dem Boden der Realität stehen. Für die Lehrerausbildung bedeutet das: Etwas weniger Theorien, dafür mehr Lebenserfahrung.

Eine weitere, noch stärkere Verakademisierung des Lehrerberufes ist daher abzulehnen.

Sozialkompetenz verlangt Vorbilder

Drittens: Sozialkompetenz verlangt Vorbilder. Lehrer sollen nicht nur formales Wissen vermitteln, sondern auch Sozialkompetenz. Wie man sich einsetzt, wie man sich benimmt, das ist oft noch wichtiger, als was man weiss. Es geht um bewährte Tugenden wie An-

Fortsetzung Seite 5

**Rettet unser
Schweizer Gold!**

Jetzt unterschreiben:

www.goldinitiative.ch

**Billiger
telefonieren**

**30% - 100% Rabatt auf
Handy Abopreise**

z.B. für nur 70 Franken im
Monat in alle Schweizer
Mobil- und Festnetze
telefonieren.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Bällwil, T. 059 231 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

Präsentieren Sie
Ihre Werbung
bei der
Leserschaft von
«Zürcher Bote»
und «Zürcher Bauer»
im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
General-Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Schreinerei
Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruettschi.ch

AllStar AS1®

Ihr Fachpartner für
EgoKiefer Fenster und Türen

**VOGTEI
HERRLBERG**

Bankett/Kongresszentrum/
Restaurant Rössli

**MS
WADIN**
SCHIFFFARTSCLUB

Mit der MS Wadin
auf Erfolgskurs

Telefon 044 915 23 88
info@vogtei.ch · www.vogtei.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Brandbeschleuniger auf Wallfahrt



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Im Februar 1938 reiste der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg nach Deutschland. Er liess sich vom «Führer» den Vertrag zum Anschluss seines Landes aufzwingen. Drei Tage nach der Annexion Österreichs durch Wehrmacht und SS sprach Bundesrat Hermann Obrecht: «Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.» *Tempi passati.* Letzten Donnerstag wallfahrteten zwei linke Schweizer zu den SPD-Genossen nach Berlin, um sie gegen den Staatsvertrag über die Abgeltungssteuer aufzuhetzen. Gemeinsames Ziel bilden automatischer Informationsaustausch, europäische Steuerharmonisierung und schickliche Bestattung des Bankgeheimnisses.

Dreissig Jahre nach den Bruderküssen Helmut Hubachers und Peter Vollmers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker trabten diesmal SP-Mann Rudolf Strahm und Ringier-Journalist Werner Vontobel in Berlin an. Wie üblich funktionierte der Kampf der verbundenen Waffen: Unser Staatsfernsehen stand pünktlich zur Stelle, um die rote Pilgerfahrt zu bejubeln. Strahm, der als Ex-Preisüberwacher eine hübsche Bundespension verzehrt, wettete über angebliche Vorteile der Schweiz im Bundesvertrag. Die Deutschen hätten leider darauf verzichtet, genügend harte Bedingungen auszuhandeln.

Werner Vontobel – Autor des Buchs «Schurkenstaat Schweiz?» – eiferte als Mitarbeiter des «überparteilichen» Blick ebenfalls hinter verschlossenen Türen vor der SPD. Unser Land sei zwar in Sachen Bankgeheimnis auf dem Rückzug, erfinde aber ständig neue Steuerschlupflöcher, mit denen ausländisches Kapital ange lockt werde. Entsetzliche Schweiz. Unmoralische Schweiz. Strahm und Vontobel dagegen sind zwei reinliche Vögel, die ihr Nest beschmutzen. Oder doch Brandbeschleuniger für die Überwindung des Kapitalismus?

Das Abkommen wäre aus ganz andern Gründen zu kritisieren. Es unterläuft unsere Souveränität und Rechtsordnung. Es legalisiert Datendiebstahl. Es schwächt das Bankgeheimnis und damit unseren Finanz- und Werkplatz. Statt in Herrliberg herumzuschneffeln, sollten unsere Staatsanwälte wieder einmal das geltende Strafgesetz lesen: «Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteile der Eidgenossenschaft führt, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren bestraft.»

ZINSBESTEUERUNGSABKOMMEN MIT DEUTSCHLAND

SVP enttäuscht über weitreichende Zugeständnisse an Deutschland



SILVIA BÄR
STV. GENERALSEKR.
SVP SCHWEIZ

Die SVP hat von der Unterzeichnung des Ergänzungsprotokolls zum Quellensteuerabkommen mit Deutschland Kenntnis genommen. Sie ist enttäuscht, dass der Bundesrat dabei weitreichende Zugeständnisse gemacht hat. Grundsätzlich wird das Modell einer Abgeltungssteuer von der SVP unterstützt. Die Abgeltungssteuer orientiert sich an der Verrechnungssteuer in der Schweiz,

schützt die Privatsphäre der Bankkunden und berücksichtigt die steuerlichen Ansprüche anderer Staaten. Bedauerlich ist aber, dass der Bundesrat mit dem nun unterzeichneten Ergänzungsprotokoll den wahltaktisch motivierten Forderungen aus Deutschland weiter nachgegeben hat und dabei in wichtigen Punkten vom ursprünglichen Abkommen vom September 2011 abweicht. Die SVP wird darum die Auswirkungen des ausgehandelten Ergänzungsprotokolls und des gesamten Abkommens genau prüfen und ihre Position dazu im Rahmen des Ratifizierungsprozesses festlegen.

GREMIENWAHLEN SVP SCHWEIZ VOM 5. MAI 2012

Parteileitung soll breiter abgestützt werden

Die Parteileitung der SVP Schweiz hat sich im Hinblick auf die ordentlichen Gesamterneuerungswahlen der Parteiorgane vom 5. Mai 2012 mit der Organisation und Zusammensetzung des Gremiums befasst. Sie beantragt zuhanden des Leitenden Ausschusses, des Zentralvorstandes und der Delegiertenversammlung einstimmig eine breitere Abstützung der Parteileitung. Damit sollen sowohl eine sinnvolle Kontinuität als auch eine Erneuerung des Gremiums sichergestellt werden. Im Weiteren wird die Verankerung der Westschweiz sowie der Frauen in der strategischen Führung der Partei gestärkt und die regionale Vielfalt erhöht. Als neue Mitglieder der Parteileitung und als Vizepräsidenten werden Oskar Freysinger (VS), Luzi Stamm (AG), Judith Uebersax (SZ) sowie Claude-Alain Voiblet (VD) vorgeschlagen. Verzichtet werden soll in Zukunft auf ein fixes Ressortsystem.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Am 5. Mai 2012 stehen anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Klingnau (AG) die ordentlichen Gesamterneuerungswahlen der Parteiorgane für die erste Legislaturhälfte (2012/2013) an. Mit der Wahl des bisherigen Vizepräsidenten Adrian Amstutz zum Fraktionspräsidenten und dem Rücktritt von Nationalrat Yvan Perrin aus der Parteileitung waren die Kantonalparteien aufgefordert, bis zum 31. März 2012 Kandidaturen für die Vervollständigung des Gremiums zu melden. Die Parteileitung ist gemäss Statuten insbesondere für die strategische Planung und Ausrichtung der Partei verantwortlich. Ihr obliegt zudem die Vertretung der Partei in politischen Fragen nach aussen, die Verabschiedung von Stellungnahmen sowie die Diskussion von Fragen personeller Natur. Die Parteileitung hat sich in den vergangenen Wochen anlässlich mehrerer Sitzungen mit der Organisation und Zusammensetzung des Gremiums befasst. Sie wollte dabei den geänderten Rahmenbedingungen seit Einführung der aktuellen Struktur Rechnung tragen. Die heutige Organisation wurde vor dem Hintergrund der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher und der damit er-

folgten Versetzung der SVP in die Opposition ins Leben gerufen. Nachdem dem Präsidenten früher zwei und später drei Vizepräsidenten zur Seite standen, bildeten seit dem 1. März 2008 der Parteipräsident mit fünf Vizepräsidenten und dem Fraktionspräsidenten die Parteileitung, welche sich nach einem fixen Ressortsystem organisierte.

Kontinuität und Erneuerung

Während sich ein System mit mehreren Vizepräsidenten bewährt hat, kam das Ressortprinzip nie richtig zum Tragen. Deshalb soll in Zukunft auf die Zuteilung von fixen Ressorts innerhalb der Parteileitung verzichtet werden. Der Parteileitung ist es hingegen ein wichtiges Anliegen, das Gremium insbesondere sprachlich, regional, bezüglich der Geschlechter und des Alters, der Vertretung von Stadt und Land sowie vom beruflichen und politischen Hintergrund her breit abzustützen. Auch soll ein Mix von erfahrenen und neuen Mitgliedern die Handlungsfähigkeit des Gremiums garantieren und die Grundlage für eine vorausschauende Führung der Partei schaffen. Deshalb schlägt die Parteileitung den Parteiorganen Präsident Toni Brunner und die bisherigen Vizepräsidenten Christoph Blocher, Walter Frey und Nadja Pieren zur Wiederwahl vor. Sie ermöglichen Kontinuität, stellen eine Vertretung der jüngeren und älteren Generation in der Parteileitung sicher und bringen wei-

Antrag Parteileitung

Präsident	Toni Brunner	(bisher)
Vizepräsidenten	Christoph Blocher	(bisher)
	Walter Frey	(bisher)
	Nadja Pieren	(bisher)
	Oskar Freysinger	(neu)
	Luzi Stamm	(neu)
	Judith Uebersax	(neu)
	Claude-Alain Voiblet	(neu)
Fraktionspräsident (ex officio)	Adrian Amstutz	(bisher)



Komitee selbstbewusste freie Schweiz
Comité pour une Suisse souveraine et libre
Comitato per una Svizzera sovrana e libera
Comité per una Svizra suverana e libera

Einladung

Datum **Freitag, 11. Mai 2012**
Zeit **18.00 Uhr**
Ort **Hauptbahnhof Zürich, Restaurant «Au Premier, Les Trouvailles»**

Generalversammlung (18.00 bis ca. 18.45 Uhr)

Traktandenliste

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler
3. Wahl des Protokollführers
4. Protokoll der Generalversammlung 2011
5. Jahresbericht des Präsidenten
6. Jahresrechnung und Revisionsbericht
7. Wahlen
 - a. des Vorstandes
 - b. des Präsidenten
 - c. der Revisoren
8. Diverses

Apéro

Referat (19.15–20.30 Uhr)

«Die Aufgabe der SVP in der schweizerischen Politlandschaft»
Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

terhin ihr breites Netzwerk zur Wirtschaft und weiteren Organisationen ein. Neben den drei bisherigen Vizepräsidenten sollen mit Oskar Freysinger, Luzi Stamm, Judith Uebersax und Claude-Alain Voiblet auch vier neue Vizepräsidenten Einsitz in der Parteileitung nehmen. Damit sind neu sieben gegenüber bisher fünf Vizepräsidenten in der Parteileitung. Hinzu kommt von Amtes wegen Fraktionspräsident Adrian Amstutz.

Vertretung der Westschweiz, der Regionen und der SVP Frauen gestärkt

Mit Nationalrat Oskar Freysinger, dem Parteipräsidenten der SVP Unterwallis und Grossrat Claude-Alain Voiblet, welcher in diesem Jahr das Lausanner Stadtparlament präsidiert, wird die

Stellung der Suisse Romande in der Parteileitung gestärkt. Mit der ehemaligen Präsidentin der SVP Schwyz, Judith Uebersax, die designierte Präsidentin der SVP Frauen Schweiz ist, soll zudem erstmals eine Vertreterin der Zentralschweiz in der Parteileitung der SVP Schweiz Einsitz nehmen. Nationalrat Luzi Stamm aus dem Kanton Aargau vervollständigt als Experte in ausserpolitischen und rechtlichen Fragen sowie als Vertreter der drittgrössten Kantonalpartei die Parteileitung.

Die SVP-Parteileitung ist überzeugt, mit diesem Antrag an die Parteiorgane, welche am 4. und 5. Mai 2012 in Klingnau (AG) tagen, ein schlagkräftiges Team zu präsentieren, das bestens gerüstet ist für die anstehenden Herausforderungen an die Partei und die Zukunft des Landes.

SVP Oberwinterthur

EINLADUNG



1.-MAI-GRILLPLAUSCH

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2012 den 1.-Mai-Grillplausch durch. Dieses Jahr haben wir Lukas Reimann, NR SG, als Gast bei uns.

Teilnahme Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte usw.)

Lageplan siehe www.waldschulzimmer-lindberg.ch
ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert

Zeit Dienstag 1. Mai 2012, ab 11.00 Uhr
Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Programm 11.00 Uhr Apéro
11.30 Uhr Begrüssung Stefan Schär,
Präsident SVP Oberwinterthur
anschliessend Ansprache Lukas Reimann
12.30 Uhr Mittagessen

Kosten Verpflegung Erwachsene Fr. 25.–
Kinder (schulplf.) Fr. 5.–
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!

Anmeldung bis spätestens 27. April an Urs Obrist
Telefon 052 202 84 44
Natel 079 414 31 22
Email urs.obrist@hispeed.ch

Anmeldetalon Ja, ich nehme am 1.-Mai-Grillplausch teil

Name Vorname

Anzahl Erwachsene Anzahl Kinder

IM FOKUS: POLITIK IM REALITÄTSTEST

Gesetzmässigkeiten nicht vergessen



MARTIN ARNOLD
KANTONSRAT SVP
OBERRIEDEN

In unserem alltäglichen Leben begegnen wir sehr oft verschiedenen Gesetzmässigkeiten, von denen wir intuitiv, aus Erfahrung und Lehre oder durch Forschung wissen, wie wir damit umgehen müssen. Die heisse Herdplatte muss wohl jeder einmal berührt haben, um zu wissen, dass sie tatsächlich heiss ist. Hohe Geschwindigkeiten haben längere Bremswege zur Folge und die Fliehkraft kann uns aus einer Kurve tragen. Und die Bestellung von Leistungen mit leerem Geldbeutel führt früher oder später ins finanzielle Fiasko. Findige Köpfe wie die Brüder Montgolfier oder Wright haben uns beispielsweise gelehrt, wie wir das Gesetz Schwerkraft überwinden können. Das funktioniert aber nur dann, wenn wir uns an physikalische Regeln und Gesetzmässigkeiten halten. Inzwischen haben wir gelernt viele dieser Gesetzmässigkeiten bis zur Grenze auszureizen – dennoch dürfen wir sie nicht ausser Acht lassen. Andernfalls droht die Bruchlandung.

Ähnliche Gesetzmässigkeiten wie in der Physik gelten auch in vielen Bereichen der Politik. So zum Beispiel in der Altersvorsorge: Es sind im Wesentlichen mathematische Regeln und Kennwerte, wie die Höhe und Dauer der Beiträge sowie die Lebenserwartung der Versicherten, auf denen unser System der Altersvorsorge aufgebaut ist. Dazu kommen die Erträge aus dem Ersparnis an den Kapitalmärkten als variable Grösse. Wird einer dieser Kennwerte verändert, zum Beispiel durch eine längere Lebenserwartung, hat dies direkte Auswirkungen auf das Gesamtsystem. Sollen die Renten für

eine verlängerte Lebenserwartung in gleicher Höhe ausbezahlt werden, muss die Beitragshöhe oder die Beitragsdauer (oder beides) angepasst werden. Oder aber, die Kapitalmärkte erreichen derartige Renditen, dass diese Veränderungen aufgefangen werden können. Mit anderen Worten lässt sich das System ohne Anpassungen nicht gesichert weiterführen, wenn der Absturz verhindert werden soll. Ausser man hofft auf die wundersame und immerwährende Vermehrung des Kapitals an den Finanzmärkten. Bei der Beurteilung dieser Handlungsmöglichkeit sollte man allerdings die jüngste Vergangenheit und die Perspektiven in den Finanzmärkten nicht ganz ausser Acht lassen.

Etwas anders sehen dies offenbar die Gewerkschaften und der Bundesrat. Sie glauben, diese Gesetzmässigkeiten liessen sich – sozusagen politisch – ausser Kraft setzen. Bundesrat Berset findet, die Diskussion um die Altersvorsorge sei zu stark von «technischen» Fragen geprägt. Schliesslich seien die «wesentlichen» Themen der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge politischer Natur. Spricht da tatsächlich ein vorausschauender Politiker? Schliesslich sind es gerade die technischen Kennwerte in der Altersvorsorge, die der Politik Anpassungen aufzwingen. Politisch ist einzig die Frage zu beantworten, wie diese Anpassungen aussehen sollen. Wer hat die höheren Beiträge zu finanzieren? Wem ist es zuzumuten länger im Erwerbsleben zu bleiben? Welchen Einkommensklassen kann und soll eine Rente in welcher Höhe zugestanden werden? Die Frage, ob diese Anpassungen notwendig sind, ist hingegen längst beantwortet.

Und die Gewerkschaften blenden die längerfristigen Finanzierungsprobleme der Altersvorsorge schlicht aus

und negieren sie. Sie hoffen einzig auf die fetten Erträge der sonst so verteuerten Finanzmärkte. Über Anpassungen der Leistungen, der Beiträge oder des Rentenalters lassen sie nicht mit sich verhandeln. Diese Haltung entspricht dem Prinzip Hoffnung. Die Gewerkschaftsbosse laden die Arbeitnehmer dieses Landes quasi auf einen Flug über den Atlantik ein. Sie wissen aber bereits vor dem Start, dass der geladene Treibstoff nicht für die gesamte Strecke reichen wird. Den Passagieren des Fluges erklären sie, es sei noch die Hoffnung, dass günstige Winde herrschen und über dem Atlantik die Thermik etwas helfen werde. Eine solche Haltung ist schlicht verantwortungslos. Sie blendet zudem aus, dass ohne Korrekturen Jahr für Jahr riesige Summen von den aktiven Arbeitnehmenden zu den Rentenbezüglern transferiert werden. Auf diese Weise bricht das System unserer Altersvorsorge früher oder später zusammen. Und je länger mit Kurskorrekturen zugewartet wird, desto schmerzhafter wird der Aufprall auf dem Boden der Realität sein. Von den Medien wird dieser Sachverhalt weitgehend ausgeblendet. Die nüchterne Analyse der Arbeitgeber hingegen wird als weiterer Sozialabbau gebrandmarkt.

Eine ähnlich ignorante Haltung vieler Politiker ist aber auch in anderen Bereichen zu beobachten: wer glaubt, die Reduktion des CO₂-Ausstosses lasse sich gleichzeitig mit dem Abschalten von Kernkraftanlagen und ohne Wohlstands- und Komfortein-

busse realisieren, betreibt Augenwischerei. Da hilft auch die illusorische Ankündigung einer «2000-Watt-Gesellschaft» nicht wirklich weiter. Sie entspricht weitgehend dem «Prinzip Hoffnung». Ganz abgesehen davon würde jede einzelne dieser Massnahmen allein schon gewaltige volkswirtschaftliche Kosten verursachen und die Schweiz in ihrer Wettbewerbsfähigkeit massiv einschränken. Dabei hätten wir die Chance, nicht nur Drehscheibe des Stromhandels, sondern auch Batterie Europas mit den entsprechend vorteilhaften Auswirkungen für den Standort zu werden.

Auch im Gesundheitswesen wird die Quadratur des Kreises angestrebt. Ein ständig wachsender Leistungskatalog hat zwangsläufig höhere Kosten zur Folge. Es nützt daher wenig, wenn sich die Krankenversicherer, die Leistungserbringer und die öffentliche Hand den Ball im Kreis herum zuspielen. Am Schluss sind Prämienzahler und Steuerzahler und Leistungsbezüger die gleichen Personen. Es ist deshalb rätselhaft, weshalb nicht dem mündigen Bürger überlassen werden soll, welchen Leistungsumfang er über einer eingeschränkten obligatorischen Leistung versichert haben will.

In der Finanzpolitik versucht man derweil, mit neuen Rechnungslegungsmodellen das Bild der Realität etwas optimistischer zu zeichnen. Die Schlüsselworte hierzu sind «IPSAS» (International Public Sector Accounting Standards), «HRM2» (Harmonisiertes Rechnungsmodell 2) und der

Grundsatz von «true and fair view». Was auf den ersten Blick vernünftig und verlockend tönt, ist bei näherer Betrachtung aber ein Schritt weg von einer vorsichtigen und auf lange Sicht sicheren Buchführung in der öffentlichen Hand. Mit Aufwertungen auf Verwaltungsvermögen und verlängerten Abschreibungszeiten werden Bilanz und Erfolgsrechnung vermeintlich auf einen Schlag verbessert. Tatsächlich aber wird die Bilanz durch weitgehend virtuelle Werte aufgebläht und damit der Spielraum für neue Fremdverschuldung vergrössert. Und in der Erfolgsrechnung wird die Finanzierung der heutigen Investitionen auf die nächste und übernächste Generation von Steuerzahlern ausgedehnt. Was – so frage ich mich – soll daran «true and fair» sein? Vollständige Transparenz ist nicht von einem Rechnungslegungsmodell abhängig und kann bereits heute praktiziert werden. Zahlreiche Gemeinwesen in unserem Kanton sind der Beweis dafür.

Offensichtlich sind zu viele Politiker und Parteien verschiedenster Couleur zu sehr auf ihre Karriere, den Wähleranteil und das Rating in der nächsten Umfrage fokussiert, statt sich der Lösung tatsächlich anstehender Aufgaben zu widmen. Schwierigkeiten werden kleingeredet, mit kreativen Theorien soll uns weissgemacht werden, das Gesetzmässigkeiten kurzerhand ausser Kraft gesetzt werden können. Aber: Elefanten können nicht fliegen und den Weihnachtsmann gibt es nicht wirklich!

LESERBRIEFE

POLIZEI- UND JUSTIZZENTRUM (PJZ)

Jetzt wirds ernst



ROMAN SCHMID
KANTONSRAT SVP
OPFIKON

Am Morgen des 26. März 2012 entschloss sich der Kantonrat des Kantons Zürich dem Objektkredit von 568 Mio. Franken für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) zuzustimmen. Diesem Entscheid ging ein langwieriger, politisch brisanter Prozess voraus.

Bereits im Jahr 2003 stimmte das Zürcher Stimmvolk über einen Objektkredit in der Höhe von 490 Mio. Franken ab. Diese Vorlage wurde mit 55 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Aufgrund der Teuerung und einigen Anpassungen erhöhte sich der Betrag aber noch im gleichen Jahr auf 539 Mio. Franken. Dies stiess einigen Politikern sauer auf, handelt es sich bei solchen Krediten doch um Steuergelder.

Am 20. September 2010 lehnte der damalige Kantonrat den Objektkredit von 568,6 Mio. Franken für das PJZ ab. Die Allianz aus Grünen, Grünliberalen, Alternative Liste, EDU und SVP gewann die Abstimmung im Rat mit 95:74 Stimmen. Durch das Referendum, welches am 20. Januar 2011 ergriffen wurde, kam es zur Volksabstimmung. Das Stimmvolk nahm seine demokratischen Grundrechte wahr. Sie alle mögen sich sicher noch an den Abstimmungskampf im letzten Herbst erinnern. Am 27. November 2011 sagte dann das Zürcher Stimmvolk mit 54,2 Prozent Nein zur Auflösung des PJZ-Gesetzes und somit Ja zum Bau eines PJZ.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Entscheid des Stimmvolkes gelten muss. Dies ist der demokrati-

sche Entscheid, den es zu akzeptieren gilt. Aus diesem Grund hat auch die SVP-Kantonratsfraktion dem Objektkredit zugestimmt. In Sachen Volksabstimmung habe ich jedoch noch eine Frage: Im November 2010 stimmte das Schweizer Stimmvolk der SVP-Ausschaffungsinitiative zu. Wird unsere Ausschaffungsinitiative jemals umgesetzt werden? Und wenn, dann so wie es die SVP will oder wird ein Volksentscheid wieder einmal verworfen? Diese Frage kann im Moment leider nicht beantwortet werden. Wir werden sicher dranbleiben.

Seit dem 26. März 2012 ist nun alles klar. Das Polizei- und Justizzentrum kann in der Stadt Zürich gebaut werden. Die Baubewilligung ist erteilt und die Baugespanne beim alten Güterbahnhof sind aufgestellt. Nun können schon bald die Bagger auffahren. Aus unserer Sicht muss aber während dem Bau darauf geachtet werden, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Wir wollen kein zweites Massnahmenzentrum Uitikon, bei welchem Kostenüberschreitungen von ca. 6–10 Mio. Franken erreicht werden. Die SVP-Kantonratsfraktion fordert, dass beim Bau des PJZ die Kosten nicht überschritten werden dürfen. Ich jedenfalls bin fest der Meinung, dass mit dem Bau des PJZ die Kantonspolizei und die Justiz ein Gebäude erhalten, welches den heutigen Anforderungen vollends entspricht und dies hoffentlich auch eine positive Auswirkung auf die Sicherheit in unserem Kanton haben wird.

Die SVP sieht sich in der Pflicht darauf zu achten, dass beim Bau und Betrieb des neuen PJZ alles so abläuft, wie es dem Stimmbürger zugetragen worden ist.

Zum neusten Gedicht von Günther Grass: HMSZ – HMSD

HMSZ und HMSD gefährden Frieden und Freiheit Europas. Der wachsende Harmoniemoralsozialzwang (HMSD) in der europäischen Bevölkerung bemächtigt Politik und Regierungen zunehmend zur Harmoniemoralsozialdiktatur (HMSD), allen voran die EU. Jüngste Krankheitssymptome dieser

Entwicklung: die durch HMSZ, HMSD verursachte mediale Steinigung von Exponenten wie Vaclav Klaus, Viktor Orban, Günther Grass, Thilo Sarrazin, Geert Wilders, Christoph Blocher, Weltwoche usw. HMSZ-, HMSD-Gesteuerte massen sich sogar an, ganze Länder wie Griechenland, Ungarn,

Schweiz zu desavouieren, bevormunden und im Fall von Griechenland aus reinem Eigeninteresse zu versklaven. Für HMSZ- und HMSD-Jünger bedeuten gesunder Menschenverstand, Eigenverantwortung, Frieden und Freiheit eine Bedrohung.

Orfeo Giuliani, Jönen

Linke Ideen in den Köpfen der Bürgerlichen

Die linken «Mainstream-Medien» verbreiten die Geschichten und Ideen, die wir Bürgerlichen dann glauben (sollen). Leider haben wir Bürgerlichen dieses Problem viel zu spät erkannt. Heute ist jedem Kind klar, dass es ein Gutmensch sein soll, dass das Geld und der Besitz der Reichen an alle verteilt werden muss, dass der Staat die besten Arbeitsplätze hat und die Unternehmer schlechte Menschen sind.

Die Staatsgläubigkeit macht sich leider auch in den Köpfen der Bürgerlichen breit und führt heute dazu, dass wir alle dazu beitragen, dass sich die Schweiz abschafft, dass wir nach amerikanischen und europäischen Gesetzen tanzen müssen und dass wir den Linken das politische Feld überlassen.

Fremde Staaten können heute in unserem Land sogenannte «Steuersünder» jagen. Das ist heute in unserem Denken normal, kaum einer regt sich darüber auf. Freie Bürger würden das nicht normal finden. Sie würden die wahren Diebe und Gesellschafts-Schädlinge rasch in den linken, gefräßigen nichtsnutzigen Politikern der entsprechenden Staaten sehen und nicht in den Personen, die ihr Hab und Gut vor der linken Plage in Sicherheit zu bringen versuchen.

Der Staat ist der beste Arbeitgeber. Dort sitzen Beamte, die bald einmal überfordert sind, daher müssen sie weitere Stellen schaffen, deren Inhaber auch bald wieder neue Stellen bereit-

halten – und wenn man in der Schweiz keine Leute mehr findet, dann holt man sie aus dem Ausland. Es ist heute normal, dass mich eine Angestellte an einem Gemeindegarten mit meinem Zürcher Dialekt nicht mehr versteht – sie versteht nur Hochdeutsch und Englisch. Einem Schweizer müsste das sauer aufstossen – wir schweigen aber, da wir sonst als fremdenfeindliche Bürger «entlarvt» würden.

Der oberste Notenbanker unseres Landes darf ein Spekulant sein – diejenigen, die das aufdecken, sind das Problem. Ein Schweizer Bürger hätte das vor 10 Jahren noch empörend gefunden. Finden wir Bürgerlichen das immer noch nicht richtig oder sind wir geneigt zu denken, dass es den Leuten recht geschieht, die das aufgedeckt haben, wenn man sie nun verurteilt? Lieber Leser, wo ist heute ihre persönliche Grenze im Rechtsempfinden?

Wie konnte es so weit kommen?

Was wir alle verschlafen haben, ist die Entwicklung, die in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hat und heute erfolgreich eingeführt ist.

Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Theodor Adorno und Jürgen Habermas haben neben anderen den Grundstein für diese Entwicklung gelegt.

In ihren Werken beschreiben Sie genau, wie man die Institutionen und die Medien übernehmen kann, wie man

die linke Ideologie mit Geduld und Hartnäckigkeit in die Köpfe der Bürger bringt und wie man solche, die sich wehren dagegen, mundtot macht und mit brutalsten Methoden «ausrotten» soll. «Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns» (Jean Jaurès, französischer Sozialist, 1908).

Heute müssen alle Geisteswissenschaftler der Universitäten diese Texte lesen – sie werden zu Gutmenschen erzogen. Nur ganz wenige junge Leute können sich aufgrund einer soliden, werthaltigen Erziehung zu Hause diesem geistigen Schlamm entziehen und nach einem Studium noch klar denken. Die Mehrheit der zum Gutmensch erzogenen Universitätsabsolventen bekommt entweder ein staatliches Pöstli oder sie kommen beim Tages-Anzeiger als Journalisten unter.

Durch die pausenlose Desinformation der Medien kommt es eben, dass sogar Bürgerliche in der Schweiz völlig links zu denken beginnen. Die Schweiz schafft sich ab und wir helfen den Linken dabei, weil wir nicht klar und konsequent dagegen sind! Wir halten uns lieber bei «Stilfragen» auf oder beginnen zu denken, dass doch alles nicht so schlimm sei. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass wir nicht schweigen und den freihheitlichen Gedanken einer unabhängigen Schweiz lautstark verteidigen.

Johann Widmer, Zürich

Osterrennen Fehraltorf 2012

Am Ostermontag, 9. April 2012, haben die SVP-Parlamentarier unter kundiger Führung von Nationalrat Max Binder ein Flachrennen gesponsert.

Schon traditionell wird am Ostermontag ein Pferderennen von einer Gruppe SVP-Parlamentarier aus Bund, Kanton und Gemeinden gesponsert. In Wahljahre ist die Beteiligung erfahrungsgemäss grösser, aber ein harter Kern um Nationalrat Max Binder unterstützt den Pferdesport und die regionalen Aktivitäten jedes Jahr.

Es ist nicht selbstverständlich, dass ein solcher Event zustande kommt und die SVP-Parlamentarier unterstützen ein mit Fr. 8000.- dotiertes Flachrennen über 2500 m der Kategorie F, für 4-jährige und ältere Schweizer Inland-Vollblutpferde. Dieses Jahr mit einem eindrücklichen Sieg im finalen Zieleinlauf von Alamo (4-jähriger brauner Wallach), geritten von Claudia Wendel.



Siegerpferd Alamo, geritten von Claudia Wendel.

Heftige politische Diskussionen in der Halle

NR Max Binder und KR Lorenz Habicher sorgten für zahlreiche Unterstützungsbeiträge im National- und Kantonsrat, die ein solches Sponsoring erst ermöglichen. So wird dieser Ostermontag auch zum Wiedersehen vieler

Tisch. Kein Thema bleibt hier unangesprochen, sitzen doch bodenständige SVP-Politiker im direkten Kontakt mit der Bevölkerung zusammen. Zwei Milliarden Franken für die BVK, das Steuerabkommen mit Deutschland oder Staatsverträge vors Volk, wer möchte nicht seine Volksvertreter darauf ansprechen? Die Kantonsräte Hansheirich Raths, Orlando Wyss oder die Gemeinderäte der Stadt Zürich Marina Garzotto und Roger Bartholdi sind ebenso anzutreffen, wie auch die alt Kantonsräte Regula Kuhn, Ernst Brunner, Werner Hürlimann und der bewährte ZKB-Bankrat Fredy Binder. Abschliessend nicht zu vergessen Nationalrat Jürg Stahl und alt Nationalrat Ernst Schibli, der mit fundierten Pferdekennntnissen am Tisch beeindruckte.

Gelegenheit verpasst?

Sollten sie diese Gelegenheit (Ostermontag) verpasst haben, dann haben Sie eine zweite Chance am Sonntag, 15. April 2012, in Fehraltorf dabei zu sein. Auch ohne SVP-Parlamentarier-Rennen sind attraktive Wettkämpfe angesagt und mit etwas Glück gewinnt Ihr Lieblingspferd mit ansprechender Quote ein Rennen.

KR Lorenz Habicher, Zürich

Gemeinsam für den Sport und die Vereinstätigkeit

Die trotz kühlen Temperaturen gut besuchten Pferderennen bilden jedes Jahr einen beliebten Schwerpunkt in den



Claudia Wendel mit NR Max Binder und aNR Ernst Schibli.

Vereinstätigkeiten rund um Fehraltorf. Unzählige Helferinnen und Helfer leisten am Ostermontag ihren Einsatz zugunsten der traditionsreichen Pferderennen, die 2012 zum 78. Mal stattfinden. Dieses Engagement soll auch entsprechend von den Politikern honoriert werden. Die SVP beweist ihre Nähe zum Sport und den Vereinen, nicht nur mit politischen Aktivitäten und Voten in den Ratsdebatten, sondern auch tatkräftig mit diesem Sponsoring. Kantonsrat Christian Mettler leistet jedes Jahr einen ausserordentlichen Beitrag mit eindrücklichen Fotos vom Renngeschehen. Wer braucht schon Dubai oder Ascott, wenn im Raum Zürich Fehraltorf und Dielsdorf die Möglichkeiten von echter Rennfaszination bieten. Dies heisst es auch für kommende Generationen zu erhalten.

Parlamentarier in der Halle und Festwirtschaft. Dass die politische Diskussion nicht zu kurz kommt, dafür sorgt das gemütliche Miteinander am SVP-



Fröhliche SVP-Stimmung im Festzelt.

Freitag, 13. April 2012
19.30 Uhr Rest. Sternensee
Samstagsern
Diesen Freitag
Vortrag
Dr. Valentin Landmann
Rechtsanwalt - Zürich
“WEGSCHAUEN
oder
ZUBEISSEN”
Prinzipielles zum Fall SNB
Sind Sie Interessiert?
Wir heissen Sie herzlich willkommen!
Organisator:
SVP Richterswil-Samstagern


Bürger fragen –
Kantonsräte antworten

Claudio Zanetti

Theres Weber-Gachnang

Gregor Rutz

Hans-Peter Amrein
► Dienstag, 8. Mai, 20.00 Uhr
Restaurant Krone
Seestrasse 117
Uetikon am See

Wir stehen Ihnen Red & Antwort!


EINLADUNG

zur a.o. Delegiertenversammlung
 vom Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr,
 Altrüti in Gossau

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)

- Musikalischer Auftakt durch Buuremusig Gossau (Leitung Roger Kauer)
- Begrüssung durch Stefan Hächler (Vizepräsident Schulbehörde, SVP Gossau)

Traktanden

- Begrüssung / Standortbestimmung *KR Gregor A. Rutz*
- Revision der Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) *KR Gregor A. Rutz*
- Volksabstimmung vom 17. Juni 2012
 - Verkehrsabgabengesetz
 Pro: *KR Lilith Hübscher (Grüne, Winterthur)*
 Contra: *KR Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon)*
 - Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz
 Pro: *KR Martin Arnold (SVP, Oberrieden)*
 Contra: *KR Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich)*
 - Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)
 Pro: *NR Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern a. A.)*
 Contra: *NR Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)*
- Verschiedenes *KR Gregor A. Rutz*

Mit freundlichen Grüssen
 Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Der Parteipräsident
 Alfred Heer

Der Sekretär
 Dr. Yves Gadiant





Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Unser Gesundheitswesen – krank?

Samstag, 12. Mai, 8.30 Uhr bis ca. 12.30 Uhr
See-Spital Kilchberg, Grütstrasse 60, 8802 Kilchberg

Jetzt anmelden!

Programm

08h30	Kaffee / Gipfeli
	Begrüssung – ABC des Gesundheitswesens
09h00	Begrüssung und Einführung in das Gesundheitswesen <i>Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich</i>
	Hat sich das KVG bewährt? – Entwicklungen der letzten 15 Jahre
09h10	Stand der Reformen im KVG auf Bundesebene – Haltung der SVP <i>Nationalrat Jürg Stahl, Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit</i>
	Spitalfinanzierung: Von der Fallpauschale zum Zürcher Spitalfonds?
09h30	Die Spitalfinanzierungsmodelle auf dem Prüfstand <i>Kantonsrat Urs Martin</i>
09h45	Der Arzt – Unternehmer oder Staatsangestellter? Entwicklungen und Tendenzen im Gesundheitswesen <i>Daniel Staffelbach, Rechtsanwalt / Konsulent FMP</i>
10h00	*** Pause ***
	Managed Care: Zielführende Reform oder sinnlose Planwirtschaft?
10h30	Die integrierte Versorgung mit Netzwerken steht zur Diskussion Pro: <i>Nationalrat Toni Bortoluzzi</i> Contra: <i>Nationalrat Christoph Mörgeli</i>
	Podiumsdiskussion/Fragerunde mit Publikum
10h50	Podiumsdiskussion mit Jürg Stahl, Urs Martin, Daniel Staffelbach, Toni Bortoluzzi und Christoph Mörgeli – Fragen aus dem Publikum <i>Diskussionsleiter offen</i>
12h00	Schlusswort / Ende der Tagung <i>Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich</i>

Anmeldung an: Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
 Fax 044 217 77 65 oder E-Mail sekretariat@svp-zuerich.ch

Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 12. Mai 2012

Name _____ Vorname _____
 Strasse _____ PLZ, Ort _____
 Tel. _____ E-Mail _____



DAS GELDSYSTEM IN DER ÜBERSCHULDUNGSKRISE

Gefährlicher «Ménage à trois»

Es war einmal ein fernes Land, in dem es zu einer Hypothekenkrise kam. Das war 2007 und hiess Subprimekrise. Der finanzielle Schaden war begrenzt.



PROF. HANS GEIGER
FINANZ- UND
WÄHRUNGSEXPERTE
WEININGEN ZH

Daraus ergab sich im Herbst 2008 eine globale Bankenkrise. Weltweit wurden für Tausende von Milliarden Franken grosse Banken von den Staaten und Zentralbanken über Wasser gehalten.

Vier Krisen

Der nächste Schritt waren Staatsfinanzkrisen, die seit Frühling 2010 zu einer Währungssystemkrise geführt haben. Und heute? Heute haben wir alle vier Krisen gleichzeitig.

Was geht hier vor? Wie konnte es so weit kommen? Klar ist: Die zentralen Eckwerte der Krise sind zu viel Geld, zu viele Schulden und Staatsgarantien:

Ausgelöst wurde die Krise durch die Versorgung der amerikanischen Wirtschaft (über Geschäftsbanken) mit zu viel Geld durch die amerikanische Notenbank. Dadurch ergaben sich an den Finanzmärkten zu tiefe Zinssätze. Der Markt wurde getäuscht.

Diese Krise ist eine Schuldenkrise. Es geht immer um eine Kreditbeziehung zwischen einem Schuldner und einem Gläubiger.

Kompliziert wird die Krise durch die Tatsache, dass Schuldner und Gläubiger mit Staatsgarantien rechnen, die Staaten gar nicht erfüllen können.

Heute von einer Finanzkrise zu sprechen, ist eine Untertreibung. Die Wirtschaft steckt in einer Geldkrise, was viel schlimmer ist, denn Geld ist das zentrale Medium einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft. Ohne Geld als universelles Tauschmittel, als Recheneinheit und als Mittel der Wertaufbewahrung gibt es keine moderne Marktwirtschaft.

Staaten, Banken, Notenbanken

Die drei Hauptakteure der Krise sind die Staaten, die Geschäftsbanken und die Notenbanken. Alle drei verfügen heute in den entwickelten Ländern über zu hohe Schulden und wacklige Bilanzen. Sie finanzieren, garantieren und unterstützen sich gegenseitig auf mannigfaltige Weise. In der finanziellen «Ménage à trois» wäscht eine Hand die andere.

Die Industriestaaten haben bereits vor der Bankenkrise ihre Verschuldung massiv erhöht. Betrug sie Anfang der Achtzigerjahre durchschnittlich noch vierzig Prozent, belief sie sich 2008 auf achtzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Mit den Schulden wurde das Wachstum finanziert. In der Rolle der Stimmbürger und Wähler erteilte die Bevölkerung demokratische Legi-

timisation. In der Rolle als Anleger und Steuerzahler wollen die gleichen Leute die Konsequenzen heute jedoch nicht tragen.

Die Staatsschulden wachsen ungebremst weiter. Ende 2012 werden sie für die Industrieländer durchschnittlich über hundert Prozent der Wirtschaftsleistung betragen, also ein ganzes Jahr Arbeit. Verantwortlich dafür sind einerseits die Rettungskosten für die Banken, andererseits – und deutlich einschneidender – sind es jedoch die einbrechenden Steuererträge, die sich aus dem Konjunkturreinbruch im Gefolge der Bankenkrise ergeben haben. Diese Erfahrung ist nicht neu, das ist seit zweihundert Jahren der Fall. Heute kommen jedoch die in Krisenzeiten steigenden Kosten der Sozialsysteme dazu.

Schulden-Karussell

Die grossen internationalen Geschäftsbanken haben seit Ende der Neunzigerjahre ihre Bilanzen massiv verlängert; ohne zusätzliches Eigenkapital aufzunehmen. Dank «grosszügiger» staatlicher Eigenkapitalvorschriften haben diese Banken den Schuldenhebel rücksichtslos eingesetzt. Mit ihren grossen Bilanzen waren sie nicht in der Lage, die Verluste aus der Subprimekrise und dem Konjunkturreinbruch zu verkraften. Zudem misstrauen sich die Banken seit dem Krisenausbruch gegenseitig, wodurch das internationale Finanzsystem und damit der Handel zu kollabieren drohen.

Abgewendet wurde und wird der Kollaps des Bankensystems durch die Notenbanken, die den Geschäftsbanken Geld billig zur Verfügung stellen und staatliche Schrottpapiere als Sicherheit akzeptieren. Im Gegenzug verhindern oder verzögern die Banken mit dem Kauf maroder Staatsanleihen den Zusammenbruch der Staatsfinanzen. Damit ist es nicht verwunderlich, dass die Banken von schuldengeplagten Regierungen ausdrücklich zum Kauf von Staatsanleihen aufgefordert werden und dass neue Liquiditätsvorschriften diesen fast schon erzwingen.

Die Banken ihrerseits lassen sich nicht lange bitten – das Geschäft ist hochprofitabel. So können beispielsweise italienische Staatspapiere mit einer Rendite von sieben Prozent mit langfristigem Geld der Notenbanken fast gratis refinanziert werden. Sollte doch etwas schiefgehen, dürfen die Geschäftsbanken mit dem Wohlwollen der Politik rechnen, denn ein Staatsbankrott wäre beim Untergang der Banken nicht mehr abzuwenden.

Eine Hand wäscht die andere

Als Dritte im Bunde spielen die Notenbanken eine zentrale Rolle. Auch sie

haben ihre Bilanzen und Schulden massiv ausgebaut. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die Bilanzsumme seit Ausbruch der Krise verdreifacht, das Eigenkapital hat sich zeitweise um siebzig Prozent reduziert. Euphemistisch spricht man bei den Zentralbanken aber nicht von Schuldenmachen, sondern von «Geld schaffen». Das ist freilich ökonomisch das gleiche. Das Fremdkapital der SNB besteht hauptsächlich aus den in Verkehr gesetzten Banknoten und den Sichtguthaben der Banken. Weltweit haben die Notenbanken ihre Schulden in der Form von Geld dramatisch erhöht. Das Geld steht den Geschäftsbanken zur Verfügung. Mit dem Geld kaufen die Geschäftsbanken Staatspapiere. Diese Staatspapiere hinterlegen sie bei der Notenbank wiederum als Sicherheit für günstige Kredite.

Die amerikanischen Notenbanken sind etwas salopper als ihre europäischen Kollegen. Statt via Geschäftsbanken kaufen sie direkt amerikanische Staatspapiere und weisen darauf hohe Gewinne aus. Die amerikanische Notenbank ist der grösste Gläubiger der USA, noch vor China. Hinter jeder Dollarnote stehen als Deckung 68 Cents amerikanischer Staatspapiere, für die restliche Deckung sorgen Hypothekarpapiere, die wiederum mit staatlicher Garantie versehen sind. Wenn wir Staat und Notenbank konsolidiert betrachten, entpuppen sich Dollarnoten als zinslose, ungedeckte Staatsschulden. Kreditgeber sind die Noteninhaber.

Das Rezept im «Ménage à trois» lautet «Mehr Geld, mehr Schulden, mehr Garantien». Allein: Das Rezept funktioniert auf Dauer nicht.

Das Ende der gedeckten Banknote

Die Rolle der Zentralbanken im «Ménage à trois» bringt das Geld und damit das zentrale Medium einer marktwirtschaftlichen Ordnung ins Spiel. Die Notenbanken besitzen das staatliche Monopol zur Umwandlung von wertlosem Papier in wertvolles gesetzliches Zahlungsmittel, in Geld. Geld steht als Kreditbeziehung auf der Passivseite der Bilanz der Notenbank und als Guthaben auf der Aktivseite der Bilanzen der Geldbesitzer. Die Notenbank, also letztlich der Staat, ist der Schuldner, der Geldbesitzer ist der Kreditgeber und trägt die entsprechenden Risiken.

Das war nicht immer so und muss nicht immer so bleiben. Seit dem Altertum existierte Geld in Form von Münzen, deren Wert durch den Silber- und Goldgehalt bestimmt war. Geld war ein werthaltiges Tauschgut, es hatte keine Gegenpartei. Ab dem 16. Jahrhundert nahmen Geldwechsler und Juweliere Münzgeld gegen Quittung in Verwahrung. Diese Quittungen wurden als Zahlungsmittel verwendet und bildeten eine Frühform der Banknote.

Ab dem 19. Jahrhundert fand die Banknote in Europa als Zahlungsmittel breite Verwendung. Sie blieb jedoch eine Quittung oder eine Depotbestätigung, die bei der Bank jederzeit wieder in das deponierte Gut umgetauscht werden konnte.

Um die Zeit des Ersten Weltkrieges waren nicht mehr alle Banknoten durch Edelmetalle und Münzen gedeckt, und die Golddeckung wurde aufgegeben. Eine unvorstellbare Hyperinflation in Deutschland war die Folge. Den definitiven Todesstoss erhielt die gedeckte Banknote 1971 mit der Aufkündigung der Verpflichtung zur Goldeinlösung der Dollarnoten durch den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon. Seither ist Notengeld eine reine Kreditbeziehung. Die Konsequenzen werden jetzt nach vierzig Jahren sichtbar.

Der Schleier des Geldes

In der Wirtschaftstheorie wurde Geld von Adam Smith und anderen Klassikern als neutraler Schleier betrachtet, der über der Realwirtschaft liegt. Die

Fortsetzung von Seite 1

stand, Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Selbstdisziplin. Das tönt vielleicht für gewisse Bildungsspezialisten altmodisch; aber welcher Unternehmer stellt schon einen Lehrling ein, der zu spät kommt, ungenau arbeitet und dazu noch unhöflich ist?

Das Vermitteln von Sozialkompetenz stellt Anforderungen an die charakterliche Eignung der Lehrer: Ein Lehrer muss vorleben können, was er von seinen Schülern einfordert.

Fordern ist fördern

Viertens: Fordern ist fördern. Kinder sind neugierig. Kinder leisten gerne. Das sind beste Voraussetzungen, sie aufs Leben vorzubereiten. Spielerisches Lernen ist gut und recht, aber Leistung und Wettbewerb dürfen keine Fremdworte bleiben. Es ist eine wichtige Aufgabe eines Lehrers, dass er einen gesunden Wettbewerbsgeist vermittelt, sei es auf dem Sportplatz oder im Klassenzimmer.

Wir machen den jungen Menschen keinen Gefallen, wenn alles immer nur Spiel und Spass ist. Denn schliesslich

ist das Leben später auch kein Spiel. Wenn wir sie nicht aufs Leben vorbereiten, gehen sie mit einem schwerwiegenden Defizit an den Start des Berufs- und Erwerbslebens. Und dort treten sie an in einem globalen Wettbewerb. Sie treten an gegen hunderte von Millionen junger Leute aus aufstrebenden Volkswirtschaften, gegen Leute, die nicht von Wohlstand übersättigt sind und die voller Erfolgshunger vom frühen Morgen bis zum späten Abend hart arbeiten.

Fazit

Gute Lehrer nicht mit Bürokratie belasten – Wer lehrt, muss mit beiden Beinen im Leben stehen – Sozialkompetenz verlangt Vorbilder – Fordern ist fördern. Eigentlich sind diese vier Thesen ja naheliegend. Und sie sind auch nichts Neues. Ein grosser Teil unseres Bildungserfolges beruht darauf. Umso wichtiger ist es, uns nicht in abstrakten Bildungstheorien zu verlieren.

Da kommt mir ein Zitat von Goethe in den Sinn: «Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah!» Auch das habe ich in der Schule gehört und fürs Leben gelernt.

Zwischenschaltung des Geldes dient in dieser Sicht der Erleichterung des Tausches von Gütern und Leistungen und der Abbildung von Schuldverhältnissen. Geld hat keine eigenständige wirtschaftliche Gestaltungskraft. Der Geldschleier verbirgt den dahinter liegenden Kern der Sache, den man erkennen kann, wenn man den Schleier entfernt. Das war für diese Periode des Münzgeldes ein zutreffendes Bild. Geld war ein werthaltiges Tauschgut.

Heute sieht die Wissenschaft im Geld das Gestaltungsmittel schlechthin. Mehr Geld soll die Wirtschaft aus der Krise führen, einen nächsten Konjunkturreinbruch verhindern, Banken stabilisieren, das Wachstum sicherstellen. So betrachten viele Experten den unbeschränkten Kauf von Obligationen der verschuldeten europäischen Länder durch die Europäische Zentralbank (EZB) als einzig mögliche Lösung der Eurokrise. Finanzieren soll die EZB

die Käufe durch die Notenpresse. Geld ist aber eine Schuld der Notenbank und des Staates, Kreditgeber sind die Geldbesitzer, sie tragen die Kredit- und anderen Risiken.

Wie weiter?

Zwei Prognosen und eine Feststellung seien jedoch gewagt:

Erstens: Längerfristig wird das Schuldenproblem durch Inflation gelöst, wie das die Staaten seit der Entstehung des Geldes immer getan haben.

Zweitens: Ein Schuldenabbau wird zwangsläufig mit einem stark reduzierten Wachstum, wahrscheinlicher mit einer Schrumpfung der Wirtschaft verbunden sein.

Und als Feststellung gilt: Der Geldschleier hat eine neue Bedeutung erhalten. Geld dient der Verschleierung der realen wirtschaftlichen Tatsachen durch den Staat.



JAHRESAUSFLUG der SVP Küsnacht

Datum	Samstag, 16. Juni 2012	
Programm	Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car	07.45 Uhr
	Abfahrt Limberg	08.00 Uhr
	Abfahrt Parkplatz Kaltenstein	08.10 Uhr
	Abfahrt Ermatigen mit Rheinschiff (Mittagessen)	09.52 Uhr



Mittagessen:
Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse

Von Schaffhausen nach Blumberg (Car)
Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen 14.05–15.10 Uhr



Zvieri in Trasadingen: Winzerbrättli in Besenbeiz
Rückkehr nach Küsnacht zwischen 19 und 20 Uhr

Preise	pro Person ohne Getränk	Ohne Halbtax	Mit Halbtax	GA
		Fr. 125.–	Fr. 110.–	Fr. 95.–

Anmeldungen mit Talon und Einzahlungsschein bis Montag, 15. April 2012 an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail: egli.limberg18@sunrise.ch.

Anmeldetalon

Name: _____ Vorname: _____ Anzahl Personen: _____

Einsteigeort: _____

Anzahl Personen mit GA: _____ Anzahl Personen mit Halbtax: _____

Die Junge SVP Oberland-See lädt ein zu:

Ordentliche Generalversammlung 2012

Das anschliessende Referat (ab 21.30 Uhr) steht auch Gästen offen:

**Referat Filippo Leutenegger
(Präsident Aktion Medienfreiheit)
zum Thema**

«Der Einfluss der Medien auf die Politik»

Mittwoch, 18. April 2012, 20.00 Uhr

Gemeindsaal Zollikon, Rotfluhstrasse 96, 8702 Zollikon

Die Junge SVP Oberland-See freut sich auf eine zahlreiche Teilnahme!

Für Rückfragen:

Simone Akermann, Präsidentin Junge SVP Oberland-See, akermann@jsvp-zh.ch

Fadegrad

De Civitate Dei



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Woran denken wir beim Begriff «Gottesstaat»? Wohl an finstere, bärtige Islamisten, die über der Vernichtung des christlichen Abendlandes brüten und Selbstmordattentäter auf ihre letzte Reise schicken, wenn sie nicht gerade in der Moschee Hasspredigten vom Stapel lassen. Der Iran ist das idealtypische Beispiel für einen derartigen Gottesstaat und die Taliban, übersetzt heisst das offenbar «Religionsschüler», kämpfen als Gotteskrieger, um einen solchen in Afghanistan zu errichten. Das Wesensmerkmal eines Gottesstaates ist die Einheit von Kirche und Staat. Jegliches staatliches Handeln basiert auf Vorgaben der religiösen Texte und die Vertreter der Religion nehmen so eine Art Verfassungsgerichtsbarkeit wahr, indem ihnen der letzte Entscheid über die wesentlichen staatlichen Entscheide obliegt. Verkürzt ausgedrückt, bricht das religiöse Dogma rechtsstaatliches Handeln. Ein Gottesstaat kann also nie eine direkte Demokratie sein, weil ein Volksentscheid nur umsetzbar wäre, wenn er dem religiösen Dogma nicht widerspricht, was die freie Meinung drastisch einschränkt. Wir Schweizer sind uns im Urteil über den Iran vermutlich ziemlich einig. Nur, um den geht es mir diesmal nicht. Es erging zur Fastenzeit ein Hirtenbrief aus Chur, er richtete sich an die katholischen Kirchengemeinden im Verantwortungsbereich des Bischofs Monsignore Vitus Huonder. Er ist auch für die Stadt Zürich zuständig. Monsignore Huonder erinnerte die Gläubigen an die Bedeutung des Sakramentes der Ehe. Eine solche dauere, so sagt die Bibel, bis dass der Tod die Eheleute scheidet. Nicht vorgesehen ist, jedenfalls wenn die Ehe im katholischen Ritus geschlossen und von den Vermählten korrekt vollzogen wurde, die Ehe durch Menschen zu beenden. Wie Bischof Vitus selbst feststellt, wurden 2009 47% der Ehen geschieden, heute mehr. Nun müssten die Geschiedenen, um nicht in Sünde zu leben, allein bleiben. Es geht für die katholische Kirche nicht, so Bischof Vitus, einem nach Scheidung wiedervermählten Gläubigen die Sakramente, etwa das Abendmahl, zu gewähren. Ohnehin könnte sich ein Geschiedener nicht in einer katholischen Kirche wiedervermählen. Augustinus lebte im 1. Jahrhundert nach Christus. Ihm schwebte eine «civitate Dei», ein Gottesstaat vor. Von ihm stammt dieser Begriff, nicht von den Islamisten. Ich bin weit davon entfernt, mich über den Katholizismus lustig zu machen. Wenn schon katholisch, dann ist nichts dagegen einzuwenden, den Glauben konsequent zu leben. Ich bin aber besonders froh darüber, dass sich das hehre Ideal von Augustinus' Gottesstaat bei uns nicht als Staatsform festigen konnte. Im Vatikan wurde es umgesetzt und Papst Benedikt XVI ist bekennender Augustinianer. Die christlichen Grundwerte führen wir im Munde, wenn wir uns gegen den Islam abgrenzen. Extremisten gibt es überall.

Millionen für linke Wohnungen an Toplagen



DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 11

Der Zürcher Kreis 5 boomt. Im ehemaligen Arbeiterquartier wird im Rekordtempo gebaut. Hochhäuser, Hotels, teure Wohnliegenschaften, Bürokomplexe. Verständlich, dass die Mietpreise gestiegen sind. Auf dem Löwenbräu-Areal werden aktuell Wohnungen im oberen Preissegment erstellt.

Eigentlich könnten sich die linken Parteien und ihre Verbündeten darüber freuen, dass immer mehr gute Steuerzahler in teure Zürcher Wohnungen ziehen. Schliesslich haben sie tausend Wünsche, die mit sauer verdienten Steuermillionen zu finanzieren sind. Doch hält sich die Freude in Grenzen. Reichen und erfolgreichen Mitmenschen wird in diesen Kreisen doch eher mit Neid und Argwohn begegnet. Vor allem die Tatsache, dass sich die Begüterten erstklassige Wohnlagen leisten können, ist den Links-Verbündeten ein Dorn im Auge und im Fleisch.

So haben sie damit begonnen, sich an Toplagen Wohnraum für sich selbst und ihre Klientel zu sichern. Paradebeispiel für diese Politik lieferte in der Ratsdebatte vom 11. April die Behandlung einer Dringlichen Motion der CVP, SP, Grüne und EVP (GR Nr. 2012/122). Die von der CVP angeführte Koalition verlangt vom Stadtrat einen Projektierungskredit für die Erstellung einer gemeinnützigen Wohnsiedlung auf dem Gleisfeld des Tramdepots am Escher-Wyss-Platz.

Seit mehr als 20 Jahren wird an diesem Standort gewünscht und geplant. Schon in den 1980er-Jahren erstellte Architekt Theo Hotz Studien, wie an Stelle oder auf dem Tramdepot gebaut werden könnte. Bekannt wurde Hotz durch sein Projekt «Kleeblatt», das auf dem Gleisfeld ein markantes Hochhaus vorsah. In der Liegenschaft sollten Alterswohnungen, gemeinnützige Wohnungen, ein Sozialzentrum und Gewerberäume erstellt werden. Doch nach jahrelanger Projektierung gelangte die Stadt 2005 zur Einsicht, dass die Wohnungen zu teuer würden. Das Projekt musste aufgegeben werden. Die eingesetzte Geschäftsprüfungs-Kommission konnte nur noch feststellen, dass 3,7 Millionen Franken in den Sand gesetzt worden waren. Sanktionen und Verant-

wortlichkeitsklagen gab es natürlich keine. Projektleiter Peter Ess ist als städtischer Delegierter inzwischen in die Vorbereitung des Kunsthaus-Erweiterungsbaus involviert.

Nach dem Kleeblatt-Debakel verlangte die CVP mit einer Motion (GR Nr. 2006/185) vom Stadtrat, dass das Tramdepot an die Aargauerstrasse zu verlegen sei und das Grundstück am Escher-Wyss-Platz einer neuen Nutzung zugeführt werden müsse. Da die VBZ aber auf den Standort des Depots Escher-Wyss nicht verzichten kann, doppelte die CVP 2009 mit einer Dringlichen Motion nach (GR Nr. 2009/602). Nun verlangte die orange-rote Partei, es sei mittels einer Studie zu prüfen, ob auf oder neben dem Gleisfeld nicht doch die Erstellung von gemeinnützigen Wohnungen möglich wäre.

So prüfte die Stadt in aufwändiger Arbeit und legte vier Varianten vor. Zwei Varianten (Randbebauung Nord und Süd) mussten aus zwingenden Gründen verworfen werden. Bei den verbleibenden Varianten (Platte, separates Baufeld) kamen die Planer zum Schluss, dass gemeinnütziger Wohnungsbau an diesem Ort nicht möglich sei. Die Richtlinien der Kantonalen Wohnbauförderungs-Verordnung könnten nicht eingehalten werden. Beim Projekt «Platte» (95 Wohnungen auf einem Deckel über der Gleisanlage) würden die Mietzinse der Wohnungen 34% (!) über den kantonal verordneten Preisen liegen. Auch wenn man den Landwert auf null Franken setzte, würden die Mieten noch immer 10% über den kantonalen Sollwerten liegen. So empfahl der Stadtrat, die Dringliche Motion (GR Nr. 2009/602) endlich abzuschreiben, damit mit den längst fälligen Sanierungsarbeiten am Tramdepot begonnen werden könne.

Doch der Wunsch, an dieser Toplage günstig wohnen zu können, war längst zur Fixierung geworden. Darum willigte die linke Koalition zwar ein, die Motion abzuschreiben. Gleichentags legte sie aber die eingangs erwähnte Dringliche Motion (GR Nr. 2012/122) vor, die nun einen Projektierungskredit für die Erstellung von gemeinnützigen Wohnungen auf dem Gleisfeld verlangt. Um die kantonalen Vorschriften zu erfüllen, sollen dem Projekt gleich zu Beginn mehrere Millionen Franken à fonds perdu garantiert werden. Zusätzlich zum Gratis-Land gibt's nun

auch einen Gratis-Depotdeckel. Das ist aber noch nicht alles. Denn der Motionstext verlangt, dass «zusätzlich zu den Kosten der neu zu erstellenden tragfähigen Gleisüberdeckung ein im Detail noch zu ermittelnder Kostenteil abgeschlossen wird».

Bis zu zehn Millionen Franken Subvention könnte «Linkes Wohnen am Escher-Wyss-Platz» die Zürcher Steuerzahler kosten. Und alles nur, um ein paar Cüpli-Sozialisten Wohnrecht in

einem In-Quartier zu verschaffen. Leider ist die «Platte» am Escher-Wyss-Platz nicht das einzige solche Projekt. Auch in der Kalkbreite, am Hornbach und an der Tüschstrasse wird gemeinnütziges Wohnen mit Millionen gesponsert. Die SVP wird die Entwicklung der Projekte aufmerksam verfolgen, die Öffentlichkeit darüber informieren und wo immer möglich politisch Gegenwehr leisten.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Ungereimtheiten bei Stadträtin Ruth Genners Aussagen



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF
ZÜRICH 4/5

War es einfach Unwissenheit, oder waren es womöglich gezielte Fehlinformationen oder war es sogar bewusstes Kalkül, als Stadträtin Ruth Genner anlässlich einer ihrer Reden im Gemeinderat am 14. März 2012 anscheinend fragwürdige Aussagen verbreitete? Wir wissen es nicht. Fakt ist, dass die Magistratin im Rahmen der Beratung zur stadträtlichen Weisung 2011/323 (Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz) vom 14. März 2012 im Ratssaal sagte, dass (Zitat) «... Vo Sitte vom Kanton liit 's Iverständnis zum Strassebauprojekt vor ...» und weiter «Däm Strassebauprojekt am Utoquai isch zwischezeitlich Rächtschraft erwachse ...». Während der Kommissionsarbeit erwähnte Frau Stadträtin Genner zudem wiederholt, dass der Spurabbau am Utoquai Richtung Schoeckstrasse seitens des Kantons Zürich abschliessend bewilligt sei.

Am 15. März 2012 wollte es die SVP-Gemeinderatsfraktion genau wissen. In einem Brief an die dafür beim Kanton Zürich zuständige Volkswirtschaftsdirektion stellte ich diesbezügliche Fragen. Die in zwischen vorliegende Antwort des Volkswirtschaftsdirektors lässt aufhorchen. In seinem Brief vom 3. April 2012 schreibt Re-

gierungsrat Ernst Stocker (Zitat) «Der Projektteil Utoquai/Schoeckstrasse war aber nicht mehr Bestandteil des zu genehmigenden Projektes. Eine Projektgenehmigung für den Spurabbau in Richtung Schoeckstrasse durch den Regierungsrat liegt somit nicht vor.» und weiter «Ein Antrag zur Projektgenehmigung durch den Regierungsrat für einen Spurabbau in Richtung Schoeckstrasse ist bei der Volkswirtschaftsdirektion nicht gängig.»

Die SVP-Gemeinderatsfraktion und die Öffentlichkeit erwarten vom Stadtrat in Kürze genaue Antworten auf die Ungereimtheiten in Zusammenhang mit Ruth Genners Aussagen. Bleiben diese so im Raum stehen, muss demzufolge festgestellt werden, dass der Gemeinderatsbeschluss über die neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz auf falschen Grundlagen erfolgte. Die SVP erwartet vom Stadtrat, dass er absolute Transparenz in dieser Sache gegenüber der Bevölkerung von Zürich herstellt. Liegt tatsächlich keine Genehmigung seitens des Kantons für den Spurabbau vor, ist dies im entsprechenden Abstimmungstext offen und ehrlich zu kommunizieren. Auf die möglichen Konsequenzen ist bei einer allfälligen Annahme der Vorlage in aller Deutlichkeit hinzuweisen. Zusätzlich werden die Arbeiten in den gemeinderätlichen Fachkommissionen und in diesem Rat in Zukunft unter solchen Voraussetzungen noch schwieriger.

TAGESSCHULEN IN DER STADT ZÜRICH

Kindererziehung und Kinderbetreuung werden zur Staatsaufgabe

Der Gemeinderat der Stadt Zürich verabschiedete in der letzten Woche zwei Vorlagen von SP und FDP, die Eltern und Schüler in der Stadt Zürich vor grosse Herausforderungen stellen werden.



GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PARTEIPRÄSIDENT
STADT ZÜRICH

Kritische Voten kamen dieses Mal nicht nur von der SVP, sondern ebenfalls vom Stadtrat, der vor den grossen Kosten des sogenannten Paradigmenwechsels warnte. Ziel der Motionen ist die Einführung von durchgehenden Schulzeiten von morgens acht Uhr bis nachmittags 14 Uhr mit ultrakurzen Mittagszeiten von 45 Minuten. Eltern, die ihre Kinder selber erziehen und Wert auf Familienkultur legen, werden sich künftig der Selbstverwirklichungskultur von SP, GLP und FDP beugen müssen. Aufgrund der kurzen Mittagszeit wird ihnen nämlich überhaupt keine Wahl gelassen, wo und mit

wem die Kinder ihre Mittagspause verbringen müssen.

Betreuungssystem für Zuwanderer
Besonders schwierig dürfte sich die Tatsache erweisen, dass der Schulschluss in der Volksschule neu mitten am Nachmittag anfällt. Kinder allein-erziehender Eltern oder voll doppelverdienender Eltern werden künftig quasi einen halben Tag ohne Betreuung sein. Es liegt auf der Hand, dass deshalb schon bald Forderungen nach einem Ausbau des gesamten Betreuungssystems folgen werden. Ein Betreuungssystem übrigens, das wesentlich von den Zehntausenden von Zuwanderern wahrgenommen wird und wahrgenommen werden will.

Die Parteifunktionäre von SP, GLP und FDP vertreten nach eigenen Aussagen die intellektuellen Kreise – so

muss man in Umkehr deuten, dass die Wähler der SVP gemäss dem Verständnis dieser Parteien per se die «Dümmeren» sind. Etliche Studien belegen den übermässigen Anteil von Besserverdienern gerade unter Wählern der genannten Parteien. Es liegt also auf der Hand, dass man sein eigenes Konsumverhalten nicht durch den «Umstand Kinder» ändern will. Eine Familie mit Kindern zu gründen, gehört zum guten Ton. Familie auch zu leben und sich einzuschränken, ist dagegen angeblich ewiggestrig. FDP und SP schrecken nicht einmal davor zurück, sich in einer Art Akademiker-Anarchie gegen kantonale Gesetze zu stellen.

Auf Kosten von traditionellen Schweizer Familien

Die Vergangenheit zeigte, dass aufgrund der beidseitigen Klientelpolitik von

FDP und SP eingegangene Bündnisse kläglich scheiterten, beziehungsweise von den Sozialisten dieser Stadt in gnadenloser Weise ausgenutzt wurden, wie zum Beispiel der Historische Parkplatzkompromiss, die Geothermie, das Glasfaserkabelnetz, der Atomausstieg. Unvergessen bleibt auch die ehemalige, sogenannte «Koalition der Vernunft», ein Bündnis zwischen SP und FDP, das dazu diente, in Abstimmungen im Rat die damals immer stärker werdende und deshalb ungeliebte SVP gnadenlos auf die Verliererseite zu befördern.

Die SVP bedauert es ausserordentlich, dass sich linke und linksbürgerliche Parteien auf Kosten der traditionellen und aufrechten Schweizer Familien, sowie der traditionellen Arbeitnehmer und Arbeiternehmerinnen im eigenen Selbstverwirklichungsbild suhlen wollen.

Wöchentliche Fernsehsehung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsehung wird jeweils am Samstagabend ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

19. Zürcher Ratsherren-Schiessen

Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 23. April 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10

Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss

Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 4. Juni 2012, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Horgen / Richterswil-Samstagern

Freitag, 13. April 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Sternensee, Samstagern, öffentlicher Vortrag von Dr. Valentin Landmann, Rechtsanwalt, Zürich, zum Thema «Wegschauen oder Zubeissen» – Prinzipielles zum Fall SNB.

Bezirk Meilen

Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, öffentliche Veranstaltung «Bürger fragen – Kantonsräte antworten» mit Claudio Zanetti, Theres Weber-Gachnang, Gregor Rutz und Hans-Peter Amrein. Moderation: Leo Roos. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Samstag, 16. Juni 2012, 7.45–20.00 Uhr, Jahresausflug der SVP Küsnacht; Programm: 7.45 Uhr, Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car; 8.00 Uhr, Abfahrt Limberg; 8.10 Uhr, Abfahrt Parkplatz Kaltenstein; 9.52 Uhr, Abfahrt Ermatigen mit Rheinschiff (Mittagessen: Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse); Anschliessend mit Car von Schaffhausen nach Blumberg; 14.05–15.10 Uhr, Fahrt mit Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen; Zvieri in Trasadingen, Winzerbrättli in Besenbeiz; zwischen 19 und 20 Uhr, Rückkehr nach Küsnacht; Preise pro Person ohne Getränk: Fr. 125.– (ohne Halbtax), Fr. 110.– (mit Halbtax), Fr. 95.– (mit GA); Anmeldungen bis Montag, 15. April 2012, mit Talon und Einzahlungsschein an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail an egli.limberg18@sunrise.ch

Bezirk Pfäffikon / Wila

Mittwoch, 18. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Heuboden, Wila, 64. Generalversammlung.

Bezirk Pfäffikon, SVP und Grüne

Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31, Pfäffikon ZH, Podiumsveranstaltung über die «Kulturlandinitiative» mit Bastien Girod, Nationalrat Grüne, pro und Stefan Krebs, Kantonsrat SVP, kontra. Gesprächsleiter: Christian Brändli, Chefredaktor Stv. «Zürcher Oberländer».

Bezirk Winterthur / Oberi

Dienstag, 1. Mai 2012, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmerlindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Lukas Reimann, SG. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Stefan Schär, Präsident SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Lukas Reimann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpfl.) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung bis spätestens Freitag, 27. April 2012 an Urs Obrist, Telefon 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail: urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8

Samstag, 19. Mai 2012, 10.00–12.00 Uhr, Witikon, Standaktion zu den Abstimmungen vom 17. Juni 2012. Weitere Standaktionen (jeweils am Samstag, von 10.00 bis 12.00 Uhr): 26. Mai 2012 Kreuzplatz; 2. Juni 2012 Höschgasse; 9. Juni 2012 Witikon.

Winterthur Stadt

Sonntag, 15. April 2012, ab 10.30 Uhr, bei Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur (vis-à-vis Media Markt), Jazz-Matinée mit den Bauchnuschi Stompers. Eintritt frei.

Winterthur Stadt / Wülflingen

Mittwoch, 18. April 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Tössrain, Wieshofstr. 109, Winterthur, Generalversammlung.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Bezirk Meilen

Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podiumsgespräch zur Initiative «Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse». Pro: Clarita Kunz, Heilpädagogin, Elternlobby Zürich; Contra: Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP Küsnacht. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss und Umtrunk offeriert.

SVP-Frauen Stadt Zürich

Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 18. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Sonne, Eglisau, Kurzreferat von Nationalrat Hans Fehr zum

Thema «Aktuelles aus Bundesbern», im Rahmen der Parteiversammlung der SVP Eglisau.

Donnerstag, 19. April 2012, 19.00 Uhr, Universität St. Gallen, Podiumsdiskussion zum Thema «Sicherheitspolitik der Schweiz – wie weiter?», u.a. mit Nationalrat Hans Fehr. Veranstalterin: Sicherheitspolitisches Forum der Universität St. Gallen. Alle Interessierten sind freundlich eingeladen.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau/SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

Freitag, 11. Mai 2012, 18.00 Uhr, Hauptbahnhof Zürich, Restaurant «Au Premier, Les Trouvailles», Generalversammlung (18.00 bis zirka 18.45 Uhr). Anschliessend wird ein Apéro serviert. Ab 19.15 bis 20.30 Uhr: Referat mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz zum Thema «Die Aufgabe der SVP in der schweizerischen Politlandschaft». Organisation: Komitee selbstbewusste freie Schweiz (www.selbstbewusstundfrei.ch) / info@selbstbewusstundfrei.ch.

Dienstag, 11. September 2012, 18.00 Uhr, Aula, Universität Zürich, Podiumsdiskussion zum Thema «10 Jahre Schweiz-UNO» mit alt Bundesrat Joseph Deiss, alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Luzi Stamm. Moderation: Christine Maier, SRF. Einführungsreferat von Bundesrat Didier Burkhalter.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 22. April 2012, 08.45 Uhr, 1. Ausfahrt. Treffpunkt: Restaurant Ratenpass (zwischen Ägeri und Biberbrugg). Abfahrt: 09.30 Uhr (bei guten Wetter). Der Anlass findet bei JEDEM Wetter statt. Ist eine Ausfahrt nicht möglich, bleiben wir zu einem gemütlichen Frühstückshöck. Sollte das Wetter gut sein, werden wir eine schöne erste Tour dort starten.

Sonntag, 20. Mai 2012, 2. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, 3. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, 4. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, 5. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, 6. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung

Freitag, 27. April 2012, 12. ordentliche Generalversammlung. Nähere Angaben folgen.

Höcks

Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, 1. Höck. Nähere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8

Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inserten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Insertenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserte (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, 2. Höck. Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, 3. Höck. Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, 4. Höck. Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, 5. Höck. Nähere Angaben folgen.

Jahresschlussstreffen

Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresabschlussstreffen. Weitere Angaben folgen.

Sommerreise

Freitag, 3. August bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise. Nähere Angaben folgen.

Jazz-Matinée der SVP Stadt Winterthur

Sonntag, 15. April, ab 10.30 Uhr mit den Bauchnuschi Stompers

bei Christian Achermann AG
Rümikerstrasse 37,
8409 Winterthur
(vis-à-vis Media Markt)
Eintritt frei

Einladung zu einer spannenden Podiumsveranstaltung über die

Kulturlandinitiative

mit Bastien Girod Nationalrat Grüne, Pro
Stefan Krebs Kantonsrat SVP, Kontra
Gesprächsleiter Christian Brändli
Chefredaktor-Stv. «Zürcher Oberländer»

Dienstag, 8. Mai, um 20.00 Uhr im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstr. 31, Pfäffikon ZH

Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon

